

Geht Ihre AG

in die Kirche? Nein? Warum muss sie dann in ZH Kirchensteuern zahlen? Dieser alte Zopf belastet die Zürcher Wirtschaft mit über 100 Mio CHF jährlich und gehört abgeschafft! Unterschriften Sie! www.kirchensteuer-zh.ch



Bürgeraktion, 8700 Küsnacht PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-Nationalrat

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

HÖCHSTE ZEIT FÜR DIE GOLD-INITIATIVE

55 Milliarden leichtfertig vertan

Im Lauf der vergangenen zwölf Jahre verkaufte die Schweizerische Nationalbank zunächst 1300 Tonnen vorschnell als «überflüssig» erklärte Goldreserven – genau die Hälfte des früheren Bestandes. Dies zu einem geradezu lächerlich tiefen Preis von durchschnittlich 16000 Franken pro Kilo. Heute kostet das Kilogramm Gold um die 50000 Franken.



ULRICH SCHLÜER
A. NATIONALRAT SVP
FLÄSCH ZH

Damit nicht genug. Nach den erfolgten Verkäufen angeblich «überflüssiger» Goldreserven

begann der Goldpreis markant zu steigen – was der Nationalbank jährlich deftige Buchgewinne eintrug. Ihre Gewinne hatte sie zu einem grossen Teil den Kantonen auszuschütten – wozu sie die Buchgewinne «versilbern» musste. Dies geschah, indem sie weitere 250 Tonnen Gold verkaufte. Wären diese insgesamt 1550 Tonnen leichtfertig verkauften Goldes heute noch im Besitz der Nationalbank, könnte sie eine um rund 55 Milliarden bessere Bilanz ausweisen. Mittel, auf die sie angesichts der heutigen Währungsturbulenzen in der Überschuldungskrise dringend angewiesen wäre.

Und ein weiterer gravierender Unsicherheitsfaktor lastet auf den Goldreserven der Nationalbank: Nach wie vor lagert ein bedeutender, in seinem genauen Umfang geheim gehaltener Teil der Schweizer Goldreserven im Ausland – vor allem in den USA. Angesichts der zunehmenden Unberechenbarkeit der von der Überschuldungskrise schwer heimgesuchten USA, angesichts der unverblümten Machtgelüste, mit denen Washington seine Währungsturbulenzen an allem geltenden Recht vorbei in den Griff zu bekommen sucht, scheint es mehr als bloss geraten, alle im Ausland, insbesondere die in den USA gelagerten Schweizer Goldreserven in die Schweiz zurückzuholen.

Diese Tatsachen, diese besorgniserregenden Umstände haben ein ausschliesslich aus SVP-Mitgliedern zusammengesetztes Komitee dazu bewogen, die Gold-Initiative unter dem Titel

Der Franken braucht ein solides und sicheres Fundament.

«Rettet unser Schweizer Gold» zu lancieren.

Die Forderungen der Gold-Initiative

Die Gold-Initiative formuliert drei Forderungen:

Erstens verbietet sie der Nationalbank jeglichen weiteren Verkauf von Goldreserven. Goldreserven als wertvolles Fundament eines stabilen Schweizer Frankens sollen generell unverkäuflich werden: Der Franken braucht immer, was immer auch geschieht in dieser Welt, ein solides, seine Stabilität sicherndes Fundament.

Zweitens verlangt diese Initiative die Rückholung all jener Teile der Nationalbank-Goldreserven, die heute noch im Ausland eingelagert sind. Die Goldreserven sind der Schweiz nur dann wirklich dienstbar, wenn die Schweiz auch unzweifelhaft und nach ihrem eigenen Ermessen darüber verfügen kann – also dann, wenn all ihre Goldreserven in der Schweiz eingelagert sind.

Als dritte Forderung verlangt die Gold-Initiative von der Nationalbank, immer mindestens zwanzig Prozent ihrer Aktiven in Gold zu halten. Damit soll gewährleistet sein, dass der Schweizer

Franken zu einem markanten Teil durch Gold abgesichert bleibt.

Währungsreserven sind Volksvermögen

Goldreserven sind ein wichtiger Teil der Währungsreserven, welche die Nationalbank hält, auf dass die Währung, für die sie verantwortlich ist, ihren Wert bewahrt. Wie aber entstehen überhaupt Währungsreserven, wie entstehen Goldreserven? Währungsreserven und damit auch Goldreserven sind das Ergebnis des Fleisses, der Leistungsbereitschaft, des Erfindungsgeistes, der Produktivität eines ganzen Vol-

kes, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welche die volkswirtschaftliche Entwicklung des Landes bestimmen. Arbeitet die Wirtschaft erfolgreich, vermehren sich die Währungsreserven. Ist ein Land erfolglos, schwinden sie. Das aber heisst auch: Währungsreserven und Goldreserven sind zu keinem Zeitpunkt Manipulermasse zur Verfügung von Bankern und Politikern in internationalen Währungsspekulationen. Währungsreserven sind Volksvermögen, vom Volk im Laufe der Jahre angehäuft und der Nationalbank zu umsichtiger Verwaltung anvertraut mit dem Ziel, dem eigenen Land und dem eigenen Volk eine sichere, vermögenserhaltende, wirtschaftliche Tätigkeit begünstigende Währungspolitik mit stabilem Franken als Basis zu bewahren.

Geschichte der Goldbindung

Einst – bis 1971 – waren die Währungen aller westlichen Industrieländer fest ans Gold gebunden, auch der Schweizer Franken. Dann aber sahen sich die USA ausserstande, die Lasten des Vietnamkriegs weiterhin ohne Staatsverschuldung zu finanzieren. Das war das Ende der Goldbindung. Die Schweiz verfügte damals einseitig, dass die Nationalbank den Notenumlauf zu vierzig Prozent mit Gold abzudecken hätte. Dieser Entscheid wurde aufrechterhalten bis Ende der Neunzigerjahre, als die erwähnten überstürzten Goldverkäufe zu denkbar schlechtem Preis einsetzten – und Goldreserven vorschnell als «teilweise überflüssig» erklärt wurden.

Interventionsfähigkeit bleibt

Auch die Gold-Initiative belässt der Nationalbank die ihr angemessene operative Unabhängigkeit. Sie erinnert die SNB-Verantwortlichen allerdings ständig an das ihr auch von der

Verfassung übertragene Ziel, der Stabilität des Frankens höchste Priorität einzuräumen – nicht der Einmischung in internationale Währungs-Spekulationen.

Indem die Initiative die Nationalbank verpflichtet, zwanzig Prozent ihrer Aktiven in Gold zu halten, belässt sie ihr durchaus die für ihr Wirken notwendige Interventionsfähigkeit. Eine Nationalbank muss im Notfall zugunsten der eigenen

Währung intervenieren können. Als Nationalbank eines Kleinstaates bedarf sie dazu aber unabdingbar einer soliden Bilanz mit werthaltigem Inhalt – was Fremdwährungs-Reserven, wie man heute sieht, in viel geringerem Masse darstellen.

Nur mit solider Bilanz im Rücken erhält eine Nationalbank-Intervention zum Schutz des Schweizer Frankens ihre unabdingbar notwendige Glaubwürdigkeit. Die Nationalbank kann intervenieren. Aber sie wird durch die Initiative dazu angehalten, mittels solider Gold-Unterlage ihrer Reserven sich stets glaubwürdig interventionsfähig zu halten.

Grundlage eigenständiger Währungspolitik

Die Turbulenzen auf den Währungsmärkten, ausgelöst durch die existenzbedrohende Überschuldung einer ganzen Reihe von Staaten, hat weltweit grosse Besorgnis und Unruhe ausgelöst. Die Schweiz ist diesen Turbulenzen nicht hilflos ausgeliefert. Aber sie hat mittels umsichtiger Vorsorge dafür zu sorgen, dass der Franken davor bewahrt wird, in den Überschuldungsschlamassel des Euro- und des Dollarraums hineingezogen zu werden – wird die Überschuldung doch zwangsläufig zu markanter Inflation der davon betroffenen Währungen führen.

Die Gold-Initiative ist ein Wegweiser zu solider, wertorientierter Währungspolitik auf gesunder SNB-Bilanz. Ihre Forderungen sind massvoll und erfüllbar. Sie gewährleisten, dass die Schweiz aller internationalen Währungsturbulenzen zum Trotz ihren eigenen Weg zum Erhalt der Stabilität des Frankens weiter beschreiten kann, womit die Vermögen der Bürger vor ungerechtfertigter Entwertung geschützt werden.

Wir fordern alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Rettet unser Schweizer Gold!

Jetzt beiliegenden Unterschriftenbogen unterschreiben.

Billiger telefonieren

30% - 100% Rabatt auf Handy Abopreise

z.B. für nur 70 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren.

Wir beraten Sie gerne!!

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T. 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring.ch

Schreinerei Hanspeter Rüttschi

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch

Ihr Türenspezialist

Präsentieren Sie Ihre Werbung bei der Leserschaft von «Zürcher Bote» und «Zürcher Bauer» im besten Licht.

Also hier!

print-ad kretz gmbh
General-Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

CCG

Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Seltsame Revision, seltsamer Revisor



VON CHRISTOPH MÖRGELE

Die Überprüfung der Nationalbank-Spitze oblag Daniel Senn von der Revisionsfirma KPMG. Im Internet pries sich Senn lange als «currently Lead Audit Partner for Bank Sarasin» – als «gegenwärtig leitender Prüfungspartner der Bank Sarasin». Unmittelbar nach einem entsprechenden Hinweis im Tages-Anzeiger verschwand das Wort «Audit», so dass Senn zum nicht-prüfenden «Lead Partner» mutierte. Ein seltsamer Revisor. Denn die Revisionsgesellschaft der Bank Sarasin heisst Ernst & Young. Entweder stapelt Daniel Senn hoch. Oder er hat trotzdem ein Prüfungsmandat bei Sarasin. Und will jetzt mit Streichung des Wortes «Prüfer» den Eindruck von Interessenkonflikten vermeiden. Philipp und Kashya Hildebrand halten Konten bei der Bank Sarasin.

Die KPMG-Revision der Nationalbank durch Daniel Senn ist eine Schmierkomödie. Senn gab sich als vom Bankrat beauftragter Prüfer selber den Auftrag, die laut eigenen Worten «jederzeit zur Verfügung stehenden» Geschäftskonten von Kashya Hildebrand auszuklammern. Wegen des zu grossen Aufwands. Dabei hat Philipp Hildebrand seine Devisengeschäfte genau mit den Galeriekonten seiner Gattin erklärt. Während der Parlamentsdebatte über die Nationalbank verkündete die KPMG, sie wolle nun die Konten von Frau Hildebrand doch noch prüfen. Man werde aber nur die Jahre seit 2009 und Beträge über 100 000 Franken anschauen. Obwohl ab weit tieferen Summen gesetzlich und steuerlich problematisches Handeln vorliegen könnte. Wie lange lässt sich unser Parlament noch vorführen?

Zum Himmel stinkt auch die Tatsache, dass Senn den Sarasin-Vermögensberater des Ehepaars Hildebrand nicht befragte. Damit beugte er sich in vorseilendem Gehorsam deren Anwalt Peter Nobel. Genau wie Bankratspräsident Raggenbass. Genau wie Finanzministerin Widmer-Schlumpf. Die Gerüchte verdichten sich, dass Daniel Senn selber ein höchst aktives Börsenkonto bei der Bank Sarasin unterhält. Das wäre mit seiner Funktion als «Lead Audit Partner» absolut unvereinbar. Senn muss zur Herstellung seiner Glaubwürdigkeit sofort sämtliche Geschäftsbeziehungen zur Bank Sarasin offenlegen. Wann endlich verlässt Eveline Widmer-Schlumpf ihren Galerieplatz als Wegschauerin? Für die ihr unterstehende Finanzkontrolle und Finanzmarkt-aufsicht herrscht jetzt wirklich Höchststufe an Handlungsbedarf.

RÜCKBLICK AUF DIE FRÜHJAHRSSSESSION 2012

Eigenverantwortliche Rentner werden bestraft

Zu den herausragenden Traktanden der Frühjahrsession gehörte die Behandlung der Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter». Mit der Initiative soll Rentnern ein Wahlrecht eingeräumt werden, wonach die Besteuerung des Eigenmietwertes bei selbstbewohntem Eigentum und die Abzugsmöglichkeit der Schuldzinsen entfallen. Damit soll eine Ungerechtigkeit beseitigt und schuldenfreies Wohnen im Alter gefördert werden. Zwar finden viele Bundesparlamentarier, der Eigenmietwert gehöre tatsächlich längst abgeschafft, trotzdem wurde der Volksinitiative eine Abfuhr erteilt.



HANS EGLOFF
NATIONALRAT SVP
AESCH ZH

Schon am ersten Sitzungstag der Session ging es um die Differenzbereinigung zur Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» des Hauseigentümergebietes Schweiz (HEV Schweiz). Zur Erinnerung: Der HEV Schweiz hat am 23. Januar 2009 mit 111 861 Unterschriften eine Initiative eingereicht, welche das schuldenfreie Wohneigentum für Personen im Rentenalter fördern will. Das geltende System der Besteuerung eines fiktiven Einkommens ist vor allem für ältere Wohneigentümer schlicht ungerecht.

Viele Senioren haben, weil das zur Sicherstellung der gewohnten Lebenshaltung im AHV-Alter gemäss dem Drei-Säulen-Konzept richtigerweise empfohlen wird, im Hinblick auf ein schuldenfreies Wohnen im Alter gespart und reduzieren durch Darlehensamortisation die Hypothekverschuldung. Die schweizerische Besonderheit der Eigenmietwertbesteuerung bestraft aber ausgerechnet das Abzahlen von Schulden. Dies spüren Wohneigentümer im Rentenalter besonders schmerzhaft, weil die Rentenentwicklung mit den Eigenmietwerterhöhungen kaum Schritt hält. Es kommt sogar vor, dass wegen der Steuerprogression das Einkommen aus AHV und Pensionskasse nicht mehr reicht, um Lebenshaltungskosten und Steuern zu zahlen. Das zwingt dann zum Notverkauf von Wohneigentum im Alter.

Fehlbeurteilungen und blanker Neid

Was zu dieser grundvernünftigen HEV-Initiative im Nationalrat alles an Fehl-

beurteilungen und Irrtümern zu hören war, geht «auf keine Kuhhaut», wie man landläufig sagt. Beispiele:

Die St. Galler SP-Nationalrätin Hildgard Fässler-Osterwalder (nota bene: Präsidentin des Hausvereins Schweiz) meinte als Sprecherin der vorbereitenden Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-NR): «Man kann jungen Leuten nicht erklären, warum nur Leute im AHV-Alter wählen können, wie sie bezüglich ihres Wohneigentums besteuert werden wollen.» Das kann man sehr wohl erklären. Denn niemand ist immer jung, und niemand wird als Rentner geboren. Die rein statische Betrachtung des «Problems» greift zu kurz. Wer in früheren Jahren für den fragwürdigen Eigenmietwert besteuert wurde, hat gewiss nichts dagegen, wenigstens im Rentenalter davor verschont zu bleiben.

Das beurteilte die Berner Grüne Regula Rytz als «Steuerprivilegien à la carte» und «Strapazierung der Volksrechte». Und dann folgte blanker Neid: «Jedes fünfte Rentnerpaar in der Schweiz verfügt über ein Bruttovermögen von über einer Million Franken. Davon können die meisten Familien mit Kindern nur träumen.» Stimmt, nur werden Senioren auch nicht als Millionäre geboren. Sie haben gearbeitet und gespart, um die vom Staat in Aussicht gestellte «gewohnte Lebenshaltung» aus Eigenmitteln so finanzieren zu können, damit keine Ergänzungs- oder gar Sozialleistungen bezogen werden müssen.

Ein starkes Stück, dass ausgerechnet Personen, die arbeitsam waren und häuslicher lebten, sich im AHV-Alter dafür benachteiligen lassen sollen. Aus linksgrüner Optik scheint Verschwendung offenbar das bessere Verhalten zu sein als Selbstverantwortung ...

Rentnerinnen und Rentner nicht bestrafen

Umso erfreulicher fand ich differenzierte Voten wie die Erklärung meiner Zürcher CVP-Kollegin Kathy Riklin: «Rentnerinnen und Rentner sollen nicht bestraft werden, wenn sie ihr Vermögen in ihr Wohneigentum gesteckt haben. (...) Damit können auch die unsinnige Verschuldung auf der einen Seite und die grossen angesparten Vermögen in der beruflichen Vorsorge auf der anderen Seite in eine bessere Relation gebracht werden.»

Was unser früherer SVP-Fraktionschef, der Baselbieter Caspar Baader, zur HEV-Initiative ausführte, verdient weit über den Debattentag hinaus Beachtung: «Der Zeitpunkt der Pensionierung ist für den Wechsel (weg von der Eigenmietwertbesteuerung) geradezu ideal, weil auf diesen Zeitpunkt hin auch die Vorsorgegelder der zweiten und dritten Säule, insbesondere der Säule 3a, in Kapitalform bezogen werden und zur Amortisation der noch bestehenden Hypotheken des Eigenheims verwendet werden können. Es geht also nicht um eine Privilegierung oder Ungleichbehandlung, sondern um die konsequente Fortsetzung der Philosophie der zweiten und dritten Säule, also der privaten Vorsorge. (...) Die Philosophie der HEV-Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» entspricht eigenverantwortlichem Handeln.»

Ärmel hoch für den Abstimmungskampf

67 Ratsmitglieder verstanden dieses Anliegen und stellten sich dahinter; und jene 103, welche dem Volksbegehren ihre Nein-Empfehlung entgegenhielten, geben so dem Aargauer FDP-Kollegen Philipp Müller recht, der befürchtet: «Eine Lösung dieser Proble-

matik ist nach wie vor nicht in Sicht. Es ist zu bedenken, dass viele Wohneigentümer im Pensionsalter durch die heutige Eigenmietwertbesteuerung ihr Wohneigentum teilweise kaum halten können. Das Problem dürfte sich in Zukunft aufgrund der steigenden Anzahl Rentnerinnen und Rentner noch verschärfen.»

Dass die Bundesversammlung die längst überfällige Weichenstellung nicht zur Annahme empfiehlt, ist bedauerlich und kurzsichtig. Unter dem hier falsch verstandenen Anspruch der «Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit» und der «Generationengerechtigkeit» sollen also Wohneigentümer im Rentenalter wie seit Jahrzehnten schon zusätzlich zu den Vermögenssteuern dem Fiskus noch Geld aus AHV- und Pensionskassenrenten für ein Einkommen abliefern, das sie gar nicht erzielen. Steuererechtigkeit sieht anders aus ...

Die Schlacht in den Räten ist zwar verloren. Dass ich mich selber auch als Vorstandsmitglied des HEV Schweiz für eine befürwortende Abstimmungsempfehlung ausgesprochen habe, versteht sich. Der Abstimmungskampf gegen das Eigenmietwert-Ärgernis hat damit aber erst begonnen. Es geht letztlich darum, Immobilien steuerrechtlich nicht mehr als Investitions-, sondern als Konsumgut zu behandeln. Damit würden Eigenmietwertsteuern und Schuldzinsenabzüge überflüssig. Nur die Gebäudeunterhaltskosten müssten – auch im Interesse eines tadellosen Immobilienbestandes – weiterhin im Rahmen von etwa 6000 Franken pro Jahr abgezogen werden dürfen.

EUROPAPOLITIK

Was will der Bundesrat in Brüssel erreichen?

Mit einem dünnen Communiqué kündigte der Bundesrat am vergangenen Freitag die Reise einer hochrangigen Delegation unter der Leitung von Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf und Aussenminister Burkhalter am Dienstag dieser Woche nach Brüssel an. «Die Themen des Besuchs in Brüssel betreffen den Stand und das weitere Vorgehen in den bilateralen Beziehungen Schweiz-EU, den Steuerbereich, Fragen zur Finanzmarktregulierung, die Euro-Krise sowie aktuelle ausserpolitische Themen», so der vollständige Wortlaut zum Zweck der Mission.



MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Der Auftritt der damaligen Bundespräsidentin Calmy-Rey vom 8. Februar 2011 in Brüssel war demütigend. EU-Kommissionspräsident Barroso gab den Tarif durch: Bei den laufenden Gesprächen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union gehe es nur noch um institutionelle Fragen, also um einen gesamtheitlichen Rahmen für die Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz. Die Schweizer Bundespräsidentin nickte freundlich.

Souveränität wird immer stärker preisgegeben

Ein Jahr später dürften die Gespräche kaum fruchtbarer verlaufen. Der Bundesrat nimmt den zunehmenden Souveränitätsverlust ohne nennenswerte Gegenwehr hin. Die Bereiche, in denen sich die Schweiz weitgehend den EU-Regeln unterworfen hat und bereits heute institutionell eingebunden ist, wie etwa Schengen/Dublin oder die

Personenfreizügigkeit, werden zu einer immer grösseren Hypothek. Doch der Bundesrat redet die Situation weiterhin schön und zögert gar, die ihm noch zur Verfügung stehenden Instrumente, z.B. die Ventilklausel zur Begrenzung der Zuwanderung aus Osteuropa, einzusetzen. Stattdessen prägt der Bundesrat immer neue Begriffe und Ideen für eine europapolitische Strategie, die kaum an Konturen gewinnt. Nach den Bilateralen III und dem gesamtheitlichen und koordinierten Ansatz (GKA) lancierte Aussenminister Burkhalter Anfang 2012 die Idee, dass ein sektorielles Abkommen, das Energieabkommen, zu einem Modellfall für die künftige Europapolitik werden sollte. Institutionelle Fragen und die Übernahme von EU-Recht sollen dabei exemplarisch ins Abkommen integriert werden. Und auch hier dürfte das Fazit letztlich lauten, dass die EU auf eine weitere institutionelle Einbindung der Schweiz pocht und selbst keine inhaltlichen Zugeständnisse in sektoriellen Fragen macht. Eine harte Haltung der EU wäre kein Drama, sofern auch unsere Seite dem Druck nicht nachgäbe.

Standhaftigkeit gefragt

Man fragt sich auch, was das Ziel der Reise in den anderen erwähnten Dossiers sein soll. Um das Unverständnis der EU über die angestrebten bilateralen Abkommen der Schweiz mit einzelnen Mitgliedstaaten zu einer Abgeltungssteuer abzuholen, muss man nicht eigens nach Brüssel reisen. Im sogenannten Steuerstreit mit der EU blockiert zudem ein innerschweizerisches Seilziehen zwischen den verschiedenen Akteuren bei Bund und Kantonen die Umsetzung einer proaktiven Strategie im Bereich der Unternehmensbesteuerung. Und dass die Schweiz im Zusammenhang mit dem Erhalt eines konkurrenzfähigen Finanzplatzes bisher jedem Druck aus dem Ausland früher oder später nachgegeben hat, trägt auch nicht zur Stärkung der Verhandlungspositionen bei.

Was ist mit den Schweizer Interessen?

Zu erwarten wäre vom Bundesrat eigentlich, dass er Brüssel auf die existierenden Probleme der Schweizer Bevölkerung im Zusammenhang mit

den bestehenden Abkommen mit der EU aufmerksam macht. Die Bilanz von Schengen/Dublin ist für unser Land längst auf die Negativseite gekippt und die problematischen Folgen der ungesteuerten Zuwanderung sind immer stärker spürbar. Auch regional ist das Verhältnis gegenüber den europäischen Nachbarn belastet, vom Grenzkanon Tessin bis zur Flughafenregion im Norden des Landes. In all diesen Fragen gäbe es genügend handfeste Interessen zu vertreten. Die bestehenden Probleme werden sich durch Gespräche über eine weitere institutionelle Einbindung in die EU nicht auflösen. Vielmehr würde eine neuerliche Preisgabe der Souveränität die Position der Schweiz und insbesondere der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zusätzlich schwächen. Das akzeptiert die SVP nicht und kämpft deshalb für die Unabhängigkeit und die Mitsprache des Volkes in der Aussenpolitik. Daran wird sie auch die Ergebnisse des Treffens von dieser Woche messen.

Wir kaufen

**Mehrfamilienhäuser,
Abbruchobjekte,
Bauland und Villen**

Angebote an: Konrad Gadiant,
Postfach 311, 8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80,
konrad.gadiant@bluewin.ch

KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Starker Flughafen = sichere Arbeitsplätze

Diese Woche beschloss der Kantonsrat über den Schutz vor Fluglärm und Lärmgebühren. Ausserdem ging es um sichere Bahnhöfe und die Streichung des Subventionsbeitrages an die Fachstelle mira.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Mit einem dringlichen Postulat verlangten SP und Grüne mehr Schutz vor Fluglärm und die Einhaltung des Zürcher Fluglärm-Indexes (ZFI). **Christian Lucek** (SVP, Dänikon) stellte klar, dass bereits bei der Debatte um die Dringlichkeit mehrfach darauf hingewiesen wurde, dass dieses Postulat nichts bewirken wird. Daran habe sich auch in den letzten Wochen nichts geändert (siehe Kommentar). **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) betonte zudem, dass dieses Postulat den Ablauf verzögert und die falschen Signale sendet. Die SVP-Fraktion wolle keine Verschiebung der Kompetenzen von Zürich nach Bern. Auch die FDP erkannte, dass nur der Lärm um den Fluglärm zugenommen habe. Der Volkswirtschaftsdirektor **Ernst Stocker** (SVP) erklärte im Rat, dass mit dem ZFI hervorragend gemessen werden kann, wie viele Menschen wo und wie von Fluglärm belastet werden. Der Regierungsrat sei sich auch einig darüber, dass der ZFI überschritten wurde und entsprechend Massnahmen ergriffen werden müssen. Allerdings müsse man langfristig denken und dürfe keine Forderungen aufstellen, die nicht machbar seien oder unserem Wirtschaftsstandort und den Arbeitsplätzen schaden würden. Wenn weniger Flüge gefordert werden, sei dies mit weniger Arbeitsplätzen verbunden. Der Flughafen sei der Motor unserer Wirtschaft und unseres Kantons. Der Kantonsrat überwies das Postulat in der Folge ganz knapp mit 82 zu 81 Stimmen.

Lärmgebühren

Mit einem Postulat forderten SP, Grüne und CVP die sofortige Anpassung der

lärm- und zeitabhängigen Start- und Landegebühen, um damit eine lenkende Wirkung zu erzielen und das eine Minimalquote von 50 Prozent der Flugbewegungen bei der Lärmgebühren erhoben wird. **Christian Lucek** erklärte, dass das Postulat aus dem 2007 stammt und das neue Gebührenmodell zur Genehmigung beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) liegt. Nach Inkrafttreten würden 75 Prozent der Flugbewegungen wieder mit Lärmgebühren belastet werden, gegenüber von letztlich noch 11 Prozent vor der Anpassung. Die Hauptforderung des Postulates sei damit erfüllt. Diese Anpassung beweise die Wirksamkeit der Lärmgebühren, denn die Fluggesellschaften bedienen Zürich durchwegs mit den modernsten Flugzeugen, was sich positiv auf die Emissionen auswirke. Mit dem bevorstehenden Ersatz der Jumbolino Flotte werde die SWISS einen weiteren Beitrag dazu leisten. Die zweite Forderung nach einer rollenden Anpassung der Gebühren sei allerdings nicht praktikabel. Das Postulat wurde abgeschrieben.

Sichere Bahnhöfe

Mit einem Postulat forderten Grüne und CVP den Regierungsrat auf, sich bei den SBB dafür einzusetzen, dass durch wirksame Sicherheitsmassnahmen im Bahnverkehr die Sicherheit der Bahnkunden auf den Bahnhöfen des Kantons Zürich verbessert wird. **Ruedi Menzi** (SVP, Rüti) stellte fest, dass die Situation an einigen Bahnhöfen tatsächlich unbefriedigend ist. Allerdings dürfe man nicht den Fehler machen und diese Projekte mit Kantonsfinanzen sanieren. Die Sache betreffe die einzelnen Gemeinden und diese müssen bei der SBB vorstellig werden. Wichtig sei auch, dass der Winterdienst rund um die Bahnhöfe gewährleistet werde. Ein reduzierter Winterdienst (aus finanziellen Gründen) dürfe nicht

geduldet werden. Unser Volkswirtschaftsdirektor **Ernst Stocker** betonte, dass der Kanton auch in diesem Bereich viel macht und den Einfluss auf die SBB wahrnimmt. Wenn das Postulat allerdings überwiesen werde, könne damit nicht viel gewonnen werden, denn ein Brief an die SBB werde nicht viel ändern. Der Kanton Zürich habe bereits 2 Milliarden Franken für die Eisenbahn investiert, es könne aber nicht der Weg sein, dass Zürich seine Projekte selber bezahle, während für die restliche Schweiz die SBB aufkomme. Das Postulat wurde deutlich mit 66 zu 94 Stimmen abgelehnt.

Fachstelle mira

Mit einem Postulat forderten CVP und BDP zusammen mit **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) die sofortige Streichung des Subventionsbeitrages an die Fachstelle mira. Die Fachstelle für Prävention gegen sexuelle Übergriffe, ist seit längerer Zeit umstritten. Insbesondere die Vermischung von Prävention und Intervention (eingreifendes Handeln im Verdachtsfall) und das damit verbundene Konfliktpotenzial werden stark kritisiert. Der Zürcher Stadtrat forderte daraufhin die der Fachstelle angehörenden städtischen Vereine, welche Sportförderungsgelder der Stadt Zürich beziehen, auf, die Mitgliedschaft bei mira aufzulösen und zum Verein VERSA zu wechseln. Trotz diesem nach wie vor vorhandenen massiven Mangel gewährt der Kanton weiterhin die vollumfänglichen Subventionen von 95000 Franken. Es dürfe nicht sein, dass eine Fachstelle gegen Kindsmisbrauch, bei der der Kinderschutz nicht vollumfänglich gewährleistet sei, vom Kanton noch subventioniert werde, so die Postulanten. Der Rat folgte diesen Argumenten und erklärte das Postulat mit 112 Stimmen für dringlich.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Viel Lärm um Lärm



CHRISTIAN LUCEK
KANTONS RAT SVP
DÄNIKON

Denkbar knapp hat der Kantonsrat ein dringliches Postulat aus links-grünen Kreisen überwiesen, das den Regierungsrat auffordert auf eine Reduktion der Flugbewegungen am Flughafen Zürich, insbesondere in den Randstunden, hinzuwirken. Tatsächlich wurde der Zürcher Fluglärmindex (ZFI) im 2010 zum zweiten Mal nach 2008 um rund 3800 vom Lärm gestörten Personen überschritten.

Der Regierungsrat ist gesetzlich verpflichtet, beim Überschreiten des ZFI Gegenmassnahmen zu ergreifen. Wie er in seinem Bericht darlegt, setzt er auf mittel- bis langfristige Massnahmen beim bauseitigen passiven Schallschutz und der Raumplanung. Das ist sicher der geeignete Weg, um die Wohnqualität in der Flughafenregion dauerhaft zu verbessern.

Das Postulat zielt jedoch einseitig auf eine Reduktion der Flugbewegungen, darauf hat der Kanton nur beschränkt Einfluss, da die flugbetrieblichen Vorgaben vom Bund festgelegt werden, daran wird auch die Überweisung wenig ändern. Im Weiteren wurde die Grenze von 320000 Flugbewegungen, wonach der Kanton gemäss Flughafengesetz auf eine Beschränkung hinwirken soll, mit rund 269000 im 2010 bei weitem nicht erreicht.

Nebst einer Zunahme von Flügen zu den Tagesrandzeiten liegt aber auch im Bevölkerungswachstum von 11 Prozent im Erhebungsgebiet sowie in der Verlegung von Flugrouten über dicht besiedeltes Gebiet, als Folge der von Deutschland einseitig verfügten Einschränkungen, die Ursache für die ungünstige Entwicklung.

Ein weiterer Faktor ist die völlig unzureichende Messmethode der Emissionen bei Nacht mit offenem Fenster. Dies mindert die Wirkung von Gebäudesanierung auf den ZFI und verfälscht damit dessen Aussagekraft. Hier besteht, im Hinblick auf die angestrebten Schallschutzmassnahmen, Handlungsbedarf bei der Lärmschutzverordnung, was wiederum in Bundeskompetenz liegt.

Eine Ausdehnung des Nachtflugverbotes von heute sieben auf acht Stunden, was die Postulanten mit dem Vorstoss in Wahrheit erreichen wollen,

stellt eine massive Schwächung des Flughafens in seiner Funktion als Drehscheibe für Wirtschaft und Tourismus dar. Im Besonderen bei Destinationen aus Asien und Lateinamerika hätte dies gravierende Auswirkungen auf den Flugplan. Es muss immer wieder betont werden: Der Flughafen hat eine zentrale Bedeutung für unseren Wirtschaftsstandort, den Kanton und das ganze Land. Unser Wohlstand begründet sich nicht zuletzt auf internationalen Handelsbeziehungen. Der Flughafen spielt da eine zentrale Rolle, seine Schwächung bedeutet gleichzeitig Einschränkungen für den Wirtschaftsstandort und erhöhter Druck auf den Arbeitsmarkt.

Insgesamt kann aber auch festgehalten werden, dass der Monitoringwert des ZFI gegenüber dem Jahr 2000 um 15 Prozent gesunken ist. Dies ist nicht zuletzt auf den technischen Fortschritt bei der Flugzeugflotte zurückzuführen, was zu einer deutlichen Reduktion des Lärms an der Quelle führte. Vor diesem Hintergrund ist auch die in einem anderen Postulat geforderte Anpassung des Lärmgebührenreglementes zu sehen. Damit eine lenkende Wirkung dieser Gebühren erhalten bleibt, tritt in Kürze ein verschärftes Reglement in Kraft, wonach wieder rund 75 Prozent der Flugbewegungen mit Gebühren belastet werden, die Hauptforderung dieses Postulates sind damit erfüllt und es wurde abgeschrieben.

Die Diskussionen um den Flughafen verlaufen immer emotional und von regionalen Interessen geprägt. Tatsächlich geht es darum, die Balance zwischen Nutzen und Last dieser zentralen Infrastruktur zu finden. Hier zählen die Fakten. Es muss darum gehen, einen Betrieb des Flughafens im erforderlichen Ausmass, ohne Abstriche bei der Sicherheit, sicherzustellen und dabei möglichst wenig Personen negativ zu belasten. Der ZFI ist dazu ein geeignetes Kontrollinstrument, zumal es eben nicht das Zählen von Bewegungen, sondern um den tatsächlichen Lärm geht. Dies lässt Spielraum für künftige Entwicklungen und damit für einen leistungsfähigen, von der Bevölkerung getragenen, Flughafen offen. Dass dauerhafte Massnahmen Zeit benötigen, muss dabei in Kauf genommen werden. Wer sich noch erinnern mag, wie hoch der Lärmpegel um den Flughafen in den 80er-Jahren war, muss zugeben, dass die eingeschlagene Richtung nicht falsch sein kann.

STEUERBELASTUNGSMONITOR 2011

Freier Fall von Zürich im Steuerwettbewerb – Finanzdirektion ziel- und planlos

Die Finanzdirektion teilte an einer Medienkonferenz mit, dass der Kanton Zürich anhand des Steuerbelastungsmonitors 2011 weiter markant an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Der Negativtrend aus den Vorjahren setzt sich sowohl bei den Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen als auch bei der Unternehmensbesteuerung fort. Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung aus dem Jahr 2009 wirkt sich erwartungsgemäss negativ auf das kantonale Steuersubstrat aus.

ZB. Während die umliegenden Kantone in den letzten Jahren ihre Steuern senkten, verschlechterte sich die Wettbewerbsposition des Kantons Zürich fortlaufend. Unter anderem verpasste es der Regierungsrat im Jahr 2011, die Zürcher Bevölkerung von zwei Einkommens- und Vermögenssteuervorlägen für natürliche Personen zu überzeugen. Vorläufiger Tiefpunkt der Steuerpolitik der Zürcher Regierung waren jedoch die Fehlkalkulationen der Finanzdirektion im Budget 2011 – aus der Jahresrechnung 2011 geht hervor, dass die Zürcher Regierung der Privatwirtschaft im Jahr 2011 einen Mehrsteueraufwand im Umfang von 900 Millionen Franken entzog und damit die Privaten und die Wirtschaft unnötigerweise empfindlich schwächte. Gleichzeitig forderte die Finanzdirektion im Budget 2012 Steuererhöhungen von insgesamt 7 Prozent. Die SVP verurteilt diese plan- und ziellose Finanzpolitik von Regierungsräten Gut, die ihren Niederschlag nicht zuletzt im vorliegenden BVK-Debakel findet.

Der Steuerbelastungsmonitor 2011 basiert auf den Zahlen 2010. Sogar ohne den Niederschlag aus den Abstimmungsniederlagen 2011 der Regie-

rung sind die Folgen der Zürcher Finanzpolitik für den Wirtschaftsstandort Zürich im Bereich Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen 2010 absolut verheerend. Vor allem für natürliche Personen mit niederen und hohen Einkommen wird der Kanton Zürich als Wohn- und Lebensraum immer unattraktiver. Die Folge wird in den kommenden Jahren sein, dass eine verstärkte Abwanderung – vor allem guter und mobiler Steuerzahler – stattfinden wird, verbunden mit dem entsprechenden Steuersubstratverlust.

Bei den Vermögenssteuern ist die Wettbewerbssituation im Vergleich mit den anliegenden Kantonen noch ungünstiger – je höher das Vermögen, desto schlechter ist die Wettbewerbsposition des Kantons Zürich im Vergleich mit den anliegenden Kantonen. Im Zusammenspiel mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung befindet sich der Kanton Zürich im Segment der sehr vermögenden und deshalb sehr ertragreichen Steuersubjekte in einer ausserordentlich schwierigen Situation. Im Übrigen hat die Abschaffung der Pauschalbesteuerung die von der SVP vorausgesagten Folgen gezeitigt – so-

fort sind rund die Hälfte der ehemals Pauschalbesteuerten abgewandert, die Steuererträge sind gesunken und die Abhängigkeit von einigen wenigen Steuersubjekten ist erheblich gestiegen.

Bei der Unternehmensbesteuerung ist der Kanton Zürich noch ungünstiger positioniert. Im Vergleich der Kantonshauptorte liegt die Stadt Zürich weit abgeschlagen und verliert auch weiterhin an Wettbewerbsfähigkeit. Diese Tatsache kommt einer eigentlichen Ausbeutungsstrategie des Staats gegenüber der Wirtschaftshauptstadt der Schweiz – neben Genf – gleich.

Zusammenfassend geht aus dem Steuerbelastungsmonitor 2011 deutlich hervor, dass sich die Wettbewerbsposition des Kantons Zürich in allen Bereichen der Besteuerung weiterhin deutlich verschlechtert. Die konjunkturelle Abschwächung der kommenden Monate verstärkt die Problematik zudem erheblich. Die SVP fordert den Zürcher Regierungsrat auf, sofort Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsposition des Kantons Zürich im Steuerwettbewerb mit den umliegenden Kantonen in die Wege zu leiten.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... ein dringliches Postulat betreffend unbefriedigendes Immobilien-Management beim Kanton Zürich überwiesen. ☹
- ... ein dringliches Postulat betreffend mehr Schutz vor Fluglärm / ZFI einhalten überwiesen. ☹
- ... ein Postulat betreffend sofortige Streichung des Subventionsbeitrages an die Fachstelle mira und Berichterstattung über die Ergebnisse bezüglich der vom Kanton Zürich in Auftrag gegebenen Untersuchung der Fachstelle mira für dringlich erklärt. ☺
- ... ein Postulat betreffend wirkungsvolle Lärmgebühren abgeschrieben. ☺
- ... ein Postulat betreffend mehr Raum und Sicherheit für Fussverkehr in grossen Knoten des öffentlichen Verkehrs abgeschrieben. ☺
- ... ein Postulat betreffend Effizienzsteigerung der Zürcher Standortförderung und Standortpromotion abgeschrieben. ☺
- ... ein Postulat betreffend Massnahmen gegen die Verkehrsüberlastung im Knonauer Amt abgeschrieben. ☺
- ... ein Postulat betreffend Sicherheitsmassnahmen auf Bahnhöfen des Kantons Zürich abgelehnt. ☺
- ... eine Interpellation betreffend Stärkung Standort Zürich dank Wirtschaftsraum Nordschweiz mit Diskussion erledigt. ☺

GENERALVERSAMMLUNG SVP BEZIRK MEILEN

Bekräftigung der Opposition gegen Seeuferweg – Keine Enteignungen

Im Rahmen ihrer ordentlichen Generalversammlung stellten die Mitglieder der SVP des Bezirks Meilen nochmals klar, dass der Schutz des Eigentums für sie eine zentrale Aufgabe des Staates ist. In einer am vergangenen Montag einstimmig verabschiedeten Resolution werden Enteignungen für den Bau eines Seeuferwegs kategorisch abgelehnt.

SVP Bezirk Meilen. Schon im Kantonsrat machte die SVP klar, dass für sie der Schutz des Eigentums zu einer der zentralen Aufgaben des Gemeinwesens gehört. Dementsprechend lehnte sie gemeinsam mit der FDP die Forderung nach dem Bau eines Wegs entlang von Gewässern ab. Sie tut dies nicht, weil sie der Öffentlichkeit den Zugang zu Seen und Flüssen verweigern will, sondern weil dazu entschädigungspflichtige Enteignungen nötig wären.

In diesem Zusammenhang lud die SVP eigens zwei fachkundige Referenten an ihre Versammlung ein: Jürg Waldmeier vom Verein «Fair» erläuterte als Jurist, dass der Begriff «Konzessionsland» als irreführend abzulehnen sei, weil das Land seinerzeit vom Kanton zu Eigentum – also nicht auf Widerruf! – übertragen worden sei, was auch entsprechend im Grundbuch nachgesehen werden könne. Franz Liebermann von der IG Ufer Zürichsee «IUZ», richtete das Augenmerk auf die unvermeidbare Umweltverschmutzung und dem damit verbundenen massiven Mehraufwand. Anhand einiger Fotos von bereits bestehenden Abschnitten illustrierte er eindrücklich, wie gewisse Leute ihren Abfall entsorgen.

Kritik an fahnenflüchtigen Zolliker Gemeinderäten

In ihrem Jahresbericht, der auch eine politische Standortbestimmung war, übte Parteipräsidentin Theres Weber auch harsche Kritik an den drei Vertretern des «Forums 5W», die sich in Zollikon auf schäbige Art und Weise aus dem Amt zu stehlen versuchten. Weber stellte klar, dass es die Kernaufgabe einer Exekutive sei, Beschlüsse umzusetzen, die von einer anderen Instanz gefällt wurden. «Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einer Gemeinde sind

das oberste Organ und entscheiden.» Wer nicht in der Lage sei, solche Entschlüsse umzusetzen, habe in einer Kollegialbehörde nichts zu suchen. Sie hoffe, so Weber, dass der Bezirksrat den Weg für Neuwahlen frei mache. Eine Zusammenarbeit mit «Fahnenflüchtigen», die dazu noch von der eigenen moralischen «Überlegenheit» sprächen, sei den verbliebenen Gemeinderäten nicht zuzumuten. Die Sektion Zollikon rief Theres Weber

dazu auf, sich auf einen engagierten und siegreichen Wahlkampf vorzubereiten.

Der statutarische Teil der Versammlung war zügig abgehandelt. Neu in den Parteivorstand gewählt wurden Christian Hurter und Monika Graf. Adrian Bergmann (Kantonsrat 1999–2011) und Ueli Graber (Bezirksrat 1999–2011) wurden für ihre Verdienste um die Partei und in ihren Ämtern unter Applaus gewürdigt.



Ein Geschenk für die wiedergewählte Bezirksparteipräsidentin Theres Weber-Gachnang. Mit unter dem Schirm: Kantonsrat Gregor Rutz und Kassier Benno Müller.

GENERALVERSAMMLUNG SVP UETIKON

Unternehmer Thomas Matter bei der SVP Uetikon

Neben lokalen Themen stand an der Generalversammlung der SVP Uetikon die aktuelle Situation um den Finanzplatz Schweiz im Mittelpunkt.

SVP Uetikon. Die SVP Uetikon hielt letzte Woche ihre Generalversammlung im vollbesetzten Saal des Rest. Sonnenhof. Das Geschäft «Wärmeverbund» der a.o. Gemeindeversammlung vom 16. April wirft viele offene Fragen auf, wie Länge der Leitung, Wärmeverlust, Anschlussgebühren, Abwärme Zeechem. Kritisiert wird auch, dass genauere Informationen erst ab dem 2. April zur Verfügung stehen. Die Mitglieder beschliessen, nach Ostern eine ausserordentliche Parteiversammlung durchzuführen. Nach den zügig abgehandelten Traktanden freuen sich über drei Dutzend Mitglieder und Gäste über ein spannendes und sehr informatives Referat von Thomas Matter, Verwaltungsratspräsident der Neuen Helvetischen Bank und erfolgreicher Kandidat bei den letzten Nationalratswahlen.

Warnung vor Weissgeldstrategie

Für den Unternehmer aus Meilen ist die laufende Entwicklung besorgniserregend, im Besonderen die Abschaffung des Bankgeheimnisses. Müsste die vom Bundesrat geplante «Weissgeldstrategie» in die Praxis umgesetzt werden, hätte das verheerende Folgen für den Finanzplatz Schweiz. Es würde bedeuten, dass ausländische Kunden nebst einer schriftlichen Selbstdeklaration in den meisten Fällen auch ihre Steuererklärung oder ähnliches offenlegen müssten. Da weltweit kein anderes Land dies vorschreibt, liegt es auf der Hand, dass der Neugeldzufluss in die Schweiz abrupt stoppen würde, was mittelfristig

schätzungsweise 50000 Arbeitsplätze kosten würde.

Die Bedeutung des Finanzplatzes für die Schweiz

«Rund 500000 direkte und indirekte Arbeitsplätze hängen von der Finanzbranche ab und jährlich werden ca. 3800 Lernende von Banken ausgebildet. Weniger Geld durch ausländische Anleger bedeutet Verlust von Steuereinnahmen. Die Finanzbranche generiert jährlich CHF 14 bis 18 Milliarden direkte und indirekte Steuerabgaben – trotz Krise! Das macht fast die gesamten jährlichen Bundesausgaben für die soziale Wohlfahrt aus. Wir sägen am Ast, auf dem wir sitzen! Die Schweiz ist Weltmarktführer in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. Sie verwaltet momentan noch etwa USD 2100 Mrd. an Vermögen. Dies entspricht einem Weltmarktanteil von 27 Prozent. Seit Jahrzehnten sind die Grundpfeiler für diesen Erfolg unsere stabilen politischen Verhältnisse, Rechtssicherheit, die hohe Qualität der Dienstleistungen, der traditionell hohe Schutz des Privateigentums und der Privatsphäre. Wollen wir dies preisgeben?»

In der anschliessenden angeregten Fragerunde zeigt sich grosses Unbehagen: Warum legen die USA nicht zuerst ihre eigenen Steueroasen trocken? Auf die Frage, warum sich die Grossbanken nicht stärker wehren, müssen die Zuhörer zur Kenntnis nehmen, dass diese Banken ausländischen Kunden ihr Swiss Banking auch ausserhalb der

Schweiz anbieten werden. Aber damit ginge der Schweiz sehr viel Wertschöpfung verloren. Es bleibt zu hoffen, dass dies der zuständigen Bundesrätin auch bewusst ist.

Vorverlegter Insetrateannahme- und Redaktionsschluss

Für die Nummer 14/2012 vom Donnerstag, 5. April, muss infolge der Osterfeiertage der Redaktions- und Insetrateannahme-schluss

auf Montag, 2. April, vorverlegt werden.

Texte: 12.00 Uhr, Insetrate: 15.00 Uhr.

Wir bitten unsere Inserenten und Mitarbeiter, diese Änderung zu beachten.

Redaktion und Verlag

LESERBRIEFE

Herzlichen Dank an die Zürcher Stimmbevölkerung

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger entschieden bei der vergangenen Volksabstimmung über das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz und den Gegenvorschlag der SVP-Kantonsratsfraktion. Sehr bemerkenswerte 40 Prozent der Stimmdenden sagten ja zum einzig durch die SVP initiierten, von der EDU unterstützten, Gegenvorschlag. Damit sprachen sich diese Urnengänger für eine griffige Neuregelung bezüglich Erwerb des Schweizer Bürgerrechts aus, welcher ohne Rechtsanspruch erfolgen sollte. Dieses Resultat erstaunt umso mehr, als dass sämtliche (!) anderen Parteien unisono gegen den Gegenvorschlag Sturm liefen – getragen durch praktisch die gesamte Medienlandschaft, welche in ihren redaktionellen Gefässen einseitig berichteten.

Im AvÜ/ZO wurden die Schöpfer des Gegenvorschlages – die Vertreter der SVP – sogar als Rechtsbrecher betitelt. Man stelle sich vor: Trotz des grossen Widerstandes von Parteien und Medien gegen den Gegenvorschlag er-

zielte dieser beim reif und differenziert votierenden Stimmbvolk in den Oberländer Bezirken mit sage und schreibe 48 Prozent ein unglaublich gutes und erfreuliches Resultat. Dafür gebührt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern grosse Anerkennung. Der Gegenvorschlag wurde in neun Oberländer Gemeinden angenommen, die Hauptvorlage nur in einer einzigen. Im Bezirk Dielsdorf wurde der Gegenvorschlag sogar angenommen, eine Tatsache, die in den Medien verschwiegen wird.

Die SVP-Kantonsratsfraktion wird sich weiterhin mit grossem Engagement für die Anliegen vieler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und für ein konsequentes Einbürgerungsverfahren einsetzen. Es bleibt das Bedauern über das Scheitern des Gegenvorschlages und die Erkenntnis, dass die Unterstützung einer weiteren bürgerlichen Partei selbst durch die Unachtsamkeit eines Autolenkers eine Tochter im Alter von 17 Jahren verlieren musste.

Kantonsrätin Anita Borer, Uster

Die Tragödie von Siders: Nur Sinnlosigkeit?

Es ist ergreifend, zu sehen, wie das Car-Unglück von Siders (Sierre) eine Welle der Solidarität auslöste. Spontan entdeckten die Menschen ihre Schicksalsgemeinschaft, dies ganz besonders in der belgischen Bevölkerung, die namentlich in den letzten Jahren ein Bild grosser politischer Zerstrittenheit geboten hatte. Der tiefe Graben zwischen der flämischen und der wallonischen Bevölkerung Belgiens schwelt allerdings schon seit vielen Jahren. Als ich vor Jahrzehnten zwei Semester an der Universität Löwen (Leuven) verbrachte, musste ich feststellen, wie man es daselbst auch in Akademikerkreisen noch so sehr am nationalen Gemeinschaftssinn fehlen liess.

Spontan drängt sich mir heute die Frage auf: Wird der Tod der vielen Kinder – ungeachtet der spontan empfundenen Sinnlosigkeit – beim belgischen Volk endlich das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit nach-

haltig genug zu prägen vermögen? Wird man sich hüben wie drüben endlich die Hände zu einer aufrichtigen Aussöhnung reichen? Es wäre dies jedenfalls mein grosser Wunsch, der Wunsch eines Vaters, der seinerzeit selbst durch die Unachtsamkeit eines Autolenkers eine Tochter im Alter von 17 Jahren verlieren musste.

Auch das Schweizervolk hatte sich einmal so zerstritten, dass sogar ein Bürgerkrieg auszubrechen drohte, dies nach den siegreichen Burgunderkriegen. Aber dank der Kompromissbereitschaft der zerstrittenen Lager (Städtebund gegen Landkantone) fand man dank dem Rat des Einsiedlers Niklaus von Flüe unversehens zur Einigkeit zurück. So wurde das Jahr 1481 damals zur Sternstunde der Schweiz. Wird heute auch Belgien seine Stunde zu nutzen wissen?

Traugott Voegeli-Tschirky, Leibstadt

Peter Spuhler – Vorzeige-Unternehmer

Mit Peter Spuhler hat die Schweiz einen Vorzeige-Unternehmer, von dessen Führungs- und Erfolgsfähigkeiten in wirtschaftlichen und politischen Fragen unser Land stolz sein darf und etliche Manager mit Millionen-Salären nur träumen können. Er ist Unternehmer im wahrsten Sinne des Wortes. Er hat es verstanden, eine sterbende Rollmaterial-Industrie mit grosser Tradition zu neuem Leben und Blüte zu erwecken. Bei seiner Firma gelten die Grundsätze des Unternehmertums seit jeher als Leitplanken. Es steht nicht die

Gewinnmaximierung, sondern die Gewinnoptimierung im Vordergrund. Es ist deshalb dringend notwendig, das Vertrauen, das durch die Verfehlungen einiger weniger Manager zerstört wurde, wieder herzustellen. Und dies zeigt Peter Spuhler durch entsprechendes Vorleben, durch Eigenbeschränkung und durch das Wahrnehmen von Selbstverantwortung. Was unser Land braucht für die Zukunft? Eine Vielzahl solcher Unternehmer!

Walter Egli, Zürich

KARIKATUR DER WOCHE



Die neusten Bücher von José Manuel Barroso & Co.

Karikatur von Emil Grabherr, Weggis

WENIGER STEUERN FÜRS GEWERBE

Kirchensteuerinitiative mit 7000 Unterschriften eingereicht

Nach einem spektakulären Schlusspurt bei der Unterschriftensammlung gelang es den Jungfreisinnigen des Kantons Zürich doch noch, die nötigen Unterschriften für die Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)» zusammenzukriegen.



THOMAS WASSMER BONSTETTEN

Es ist ein altes Relikt, das zuletzt von alt KR Peter Good (SVP, Bauma) mittels einer Motion im Jahre 2003 bekämpft wurde. Vergeblich! Am 05.09.2005 scheiterte die Motion mit 106:56 Stimmen im Rat. Schon zuvor versuchte man die Kirchensteuer für Unternehmen, mehrmals mit allen erdenklichen Mitteln abzuschaffen, doch der Kantonsrat schützte dieses «heilige Verdienen» immer wieder aufs Neue. Nun haben sich die Jungfreisinnigen des Kantons Zürich ein Herz gefasst und wollen dem Souverän die Möglichkeit geben über diese Vorlage zu befinden. Unterstützt werden die jungen FDPler von zahlreichen Mitgliedern der Jungen SVP, der «Bürger-Aktion», der IG Freiheit sowie Vertretern von Mitte bis Grün und natürlich von hochkarätigen Exponenten der SVP.

Trotzdem verlief die Unterschriftensammlung erst einmal sehr harzig. Lediglich 3500 Unterschriften waren einen Monat vor Ablauf der Sammelfrist beisammen, also knapp mehr als die Hälfte der benötigten 6000.

Da die Initiative sehr technisch ist, waren Plätze vor einem Einkaufszentrum nicht der beste Ort um Unterschriften zu sammeln. Die Meldung in den Zeitungen, dass die Initiative zu scheitern droht, rief hingegen geballte Kräfte auf den Plan. Zum einen von den Jungfreisinnigen selber, zum anderen auch von der SVP, die viel mobilisierte. Und, die vereinten Kräfte zeigten Erfolg: Binnen nur einem Monat wurden nochmals so viele Unterschriften zusammengetragen, wie man schon hatte und hat so auf sensationelle Art und Weise die ganze Angelegenheit noch gerettet. Gewisse haben sogar ihre ganzen Sportferien für das Unterschriftensammeln geopfert.

Steuervogt in heiliger Mission

Nach geltender Rechtsprechung des Bundesgerichts muss ein Unternehmen

Kirchensteuern zahlen. Ein Austritt ist nicht möglich. Während bei den Personengesellschaften die Steuern über die Inhaber abgerechnet werden, greift bei den Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) wieder die berühmte, berüchtigte Doppelbesteuerung. Das heisst: Die Inhaber der Firma bezahlen die Kirchensteuer durch ihr Einkommen und auf Dividenden. Analog dazu wird die Kirchensteuer mit der regulären Besteuerung der Unternehmung gleich nochmals erhoben. Somit verdient sich die Kirche auf Kosten der Unternehmen einen ansehnlichen Batzen hinzu.

Geld, das der Wirtschaft fehlt

Die Gelder, die auf diesem Weg der Wirtschaft entzogen werden, sind ein doch recht stattlicher Betrag: 100 Millionen Franken pro Jahr. Bei den rund 55000 registrierten Unternehmen, die davon betroffen sind, macht das im Schnitt fast 2000 Franken pro Unternehmen aus. Als Vergleich: Das sind 4/5 von dem Betrag, welches durch das 700-Mio.-Franken-Paket des Bundesrats, auf jedes Unternehmen im Kanton Zürich fallen müsste. Mit dem Unterschied, dass sich die ersparte Kirchensteuer jährlich wiederholt.

Die Kirchen selber nennen das in ihrer Stellungnahme vom Freitag 20.03.2012 «minim» oder «wirtschaftlich unbedeutendste Abgabe». Sie rechtfertigen ihren Beutezug auf das Gewerbe mit Linksideologien und gutmenschentümlichen Tiraden gegen die böse Wirtschaft, welche soziale Probleme verursacht, die sie mit diesen Geldern dann lösen.

Frage der Ethik

Das Hauptargument mit dem man immer wieder die Kirchensteuer für juristische Personen rechtfertigt, ist, dass die Unternehmen mit dem Entrichten der Kirchensteuer ein Zeichen des ethischen Handelns setzen. Demnach müssten die Firmen in den Kantonen Aargau und Basel Stadt unethisch handeln. Dort ist die Kirchensteuerpflicht nämlich schon abgeschafft worden. Zudem sieht es ein wenig verlegen aus,

wenn die Kirche im Namen des Unternehmens ethische Regeln aufstellt.

Auch das Argument, dass die Kirche mit diesen Mitteln viele gute Zwecke verfolgt, sieht auf den ersten Blick sehr verführerisch aus. Beim näheren Betrachten erweist sich auch dieses Argument als grundfalsch. Die Firmen kümmern sich nicht um die Verwendung der Gelder. Die Pflicht wird mit dem Bezahlen der Steuern als erledigt betrachtet. Für ethisches Handeln braucht es hingegen nicht nur das Geld, sondern auch ein aktives Interesse für wohltätige und gemeinnützige Zwecke und damit so ein Interesse wirklich aufkommt, muss man bei der Verwendung der Gelder mitbestimmen können.

Die Kirchensteuer für Unternehmen ist auch ein unfairer Wettbewerbsvorteil gegenüber den zahlreichen privaten Organisationen, die sich ausschliesslich guten Zwecken widmen. Zudem brauchen private Organisationen auch nicht so viel Aufwand für die Verwaltung, wie der bürokratische Verwaltungsapparat der Landeskirchen. Somit sind private Spendengelder sowieso adäquater als Zwangsgebühren.

Eine Frage der Ethik, die man sich hingegen gerne stellen kann, ist, ob es richtig ist, Geld von einem Unternehmen zu verlangen und dieses dafür keine Gegenleistung erhält. Oder haben Sie schon mal eine Firma in der Kirche gesehen?

Das Verdikt ist klar: Die eigentliche Arbeit in dieser Vorlage hat erst begonnen. Der Abstimmungskampf verspricht ein heisser zu werden, da es zu erwarten ist, dass sich keine klaren Fronten von Zustimmung und Ablehnung nach den Parteigrenzen bilden. Für den Abstimmungskampf brauchen wir jede Art von Unterstützung und eine geschlossenen starke SVP, die für unser Gewerbe und für den Wirtschaftsstandort Zürich einsteht.

tinnen und Nationalräten aus allen Parteien. Die Kontrolllichte muss vor allen an unserer Südgrenze und in den Zügen markant verbessert werden, damit die massive Zuwanderung von Scheinflüchtlingen und illegalen Einwanderern verhindert werden kann.

Asyldurchgangszentrum Eglisau

Neun Jahre lang hat auch der Kampf gegen den Bau eines Asyldurchgangszentrums für 120 Personen in meiner Wohngemeinde Eglisau gedauert und von allen Beteiligten einen enormen Einsatz verlangt. Vor kurzem hat nun der neu zuständige Regierungsrat Mario Fehr das ganze Vorhaben sistiert, aufgrund der Einsicht, dass ein 5-Millionen-Neubau inmitten eines Wohnquartiers nicht gerechtfertigt werden kann, während bestehende Zentren leer stehen oder geschlossen werden. Gemeinden und Kantone müssen massiven Widerstand leisten, damit die verantwortlichen Bundespolitiker und Bundesämter (allen voran Bundesrätin Sommaruga) dem zehntausendfachen Asylmissbrauch endlich einen Riegel schieben.

Kauf eines neuen Kampfflugzeugs

Ebenfalls seit neun Jahren laufen die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten zum Kauf eines neuen Kampfflug-

SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK

Nun braucht es eine umfassende Untersuchung durch eine PUK

Die SVP hat von der Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Nationalrat Christoph Blocher Kenntnis genommen. Sie verlangt nun, dass endlich in die gesamten Vorgänge rund um die Affäre Hildebrand Licht gebracht wird. Weder das Versagen der Aufsicht über die Schweizerische Nationalbank (SNB) noch die undurchsichtige Rolle des Bundesrates wurden bisher durchleuchtet. Für die SVP ist deshalb die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) notwendiger denn je.

SVP. Die SVP hat sich von Beginn weg für eine umfassende Aufarbeitung der Hintergründe rund um die Devisen- und Wertschriftengeschäfte, die zum Rücktritt des Präsidenten der SNB geführt haben, eingesetzt. Zahlreiche Fragen sind in diesem Zusammenhang noch immer ungeklärt. Wie entstand das völlig unzureichende Reglement, das die unhaltbaren Aktien- und Devisengeschäfte von Mitgliedern des Direktoriums der SNB deckte? Weshalb waren die gravierenden Transaktionen jeglicher Aufsicht entzogen? Welche Rolle spielte der Bundesrat in der Affäre Hildebrand? Wieso wurde Hildebrand so lange gedeckt, obwohl klar war, dass sein grobes Fehlverhalten eine weitere Amtsausübung verunmöglichte? Wieso wurden Abklärungen immer erst auf politischen und öffentlichen Druck hin eingeleitet, so in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit den Geschäften von Frau Hil-

debrand? Wie kann die Aufsicht in Bezug auf die Ordnungsmässigkeit und Rechtmässigkeit der Tätigkeiten der Nationalbank in Zukunft verbessert werden? Muss die Insiderstrafnorm nicht zwingend auch auf Devisengeschäfte ausgedehnt werden? All diese Fragen harren einer Klärung.

Es kann nicht sein, dass die Abklärungen im Fall Hildebrand sich einseitig auf einzelne Aspekte und Vorgänge beschränken. Die SVP fordert die anderen Parteien deshalb auf, endlich Hand zu bieten zu einer umfassenden Untersuchung durch eine PUK. Entsprechende Anträge und Vorstösse sind eingereicht und können jederzeit behandelt werden. Umso unverständlicher ist es, dass die Wirtschaftskommission des Nationalrates den bereits am 9. Januar 2012 eingereichten Antrag auf Einsetzung einer PUK erst an ihrer Sitzung von Ende Mai behandeln will.

Öffentlicher Bildungs-Sonderparteitag:

Volksschule: Praxisvorbereitung für Lehrer und Schüler

Samstag, 24. März 2012, 10.30 Uhr
in der Mehrzweckanlage Schafbüchel, Ebnat-Kappel (SG)

Programm

10h30	Grussworte Kanton St. Gallen Gemeindepräsident Christian Spoerlé, Ebnat-Kappel (SG) Regierungsrat Stefan Kölliker, Bronschhofen (SG)
10h40	Begrüssung und Eröffnung Parteitag Nationalrat Toni Brunner, Parteipräsident, Ebnat-Kappel (SG)
10h55	Lernen fürs Leben Bundesrat Ueli Maurer, Wermetshausen (ZH)
11h10	Schulpolitische Herausforderungen in den Kantonen Regierungsrat Stephan Schleiss, Steinhausen (ZG)
11h20	Auftrag der Volksschule: Lebenstauglichkeit, Mitmenschlichkeit, Berufs- und Wirtschaftstauglichkeit Nationalrätin Nadja Pieren, Burgdorf (BE)
11h30	Lehrlingsausbildung: Was wird von angehenden Lehrlingen verlangt? Roland Stoll, Leiter Berufsbildung Swissmechanic, Weinfelden (TG)
11h45	Fragen und Diskussion
12h15	Mittagspause
13h00	Lehrerausbildung deutsche Schweiz: Was wird von angehenden Lehrern verlangt? Sarah Bösch, Bildungskommission Kanton Zürich, Kilchberg (ZH)
13h10	Forderungen an die Praxistauglichkeit von Lehrlingen und Lehrern Nationalrat Thomas de Courten, Rütenberg (BL)
13h20	Diskussion und Verabschiedung Forderungskatalog
14h00	Ende

Gästekarten können direkt bestellt werden, per E-Mail imobersteg@svp.ch, Tel. 031 300 58 58 oder Fax 031 300 58 59



FRÜHJAHRSSSESSION

«Politik ist eine beharrliche Dauerleistung»

Die von kurzem zu Ende gegangene Frühjahrssession der Eidgenössischen Räte hat gezeigt, dass es in der Politik Ausdauer, Hartnäckigkeit und Beständigkeit braucht.



HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

Es war im Jahre 1985, als wir in einer kleinen Runde im Zürcher Weinland mit dem damaligen alt Bundesrat Rudolf Gnägi ins Gespräch kamen. Als noch relativ junges Parteimitglied beklagte ich mich, dass in der Politik alles viel zu lange daure. Die knappe Antwort des alt Bundesrates, dem alle mit grossem Respekt begegneten: «Politik ist eine beharrliche Dauerleistung.» Gnägi hatte Recht – das zeigt auch die kürzlich zu Ende gegangene Frühjahrssession der Eidgenössischen Räte:

Abzocker-Initiative

Die sogenannte Abzocker-Initiative des inzwischen zum Ständerat gewählten Thomas Minder ist nach rund fünf Jahren (!) endlich auf der Zielgeraden. Zwar hat Christoph Blocher seinerzeit im Einvernehmen mit dem Initianten rasch eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, welche die zentralen Punkte der Initiative aufnahm und schon ab 2010 hätte in Kraft gesetzt werden können. Minder war deshalb bereit, die Initiative zurückzuziehen. Aber aus kleinteiligen parteipolitischen Gründen wurde

die Sache von «Mitte-links» auf die lange Bank geschoben und ein jahrelanges Hin und Her nahm seinen Lauf. Nun liegt endlich wieder eine Gesetzesvorlage (als indirekter Gegenvorschlag) auf dem Tisch, der die Anliegen der Initiative zu 80–90 Prozent erfüllt. Falls Minder die Initiative zurückzieht, kann diese Vorlage rasch in Kraft gesetzt werden. Im Raum steht aber noch die sogenannte «Bonuststeuer» (die untauglich ist, weil sie nicht die Bonusempfänger, sondern die Unternehmen belastet). Falls die Initiative dennoch zusammen mit der Bonuststeuer vors Volk kommt, werde ich beides ablehnen und bei der Stichfrage die Initiative unterstützen. Politik ist wahrlich eine beharrliche Dauerleistung.

Aufstockung des Grenzwachtkorps

Das gilt auch für die Motion «Aufstockung des Grenzwachtkorps», die ich schon am 23.9.2008 eingereicht habe. Sie wurde im Nationalrat mit rekordverdächtigen 156:9 Stimmen unterstützt – aber ich hatte die Rechnung ohne den Wirt (Ständerat) gemacht. Dieser verwässerte die Motion bis zur Unkenntlichkeit. Im Sinne des «Gnägileitsatzes» habe ich die Motion aktualisiert und am 15.3.2012 erneut eingereicht – unterstützt von 130 Nationalrä-

zeugs. Aber selbst jetzt, nachdem sich der schwedische «Gripen» scheinbar durchgesetzt hatte, weil das Nutzen-Kosten-Verhältnis vergleichsweise am besten ist und weil der Gripen alle Anforderungen erfüllt, wird weiterhin Sperrfeuer geschossen. So hat die CVP in der Frühjahrssession eine dringliche Interpellation eingereicht, die eindeutig gegen Bundesrat Ueli Maurer gerichtet war, dem «Kommunikationsmängel» vorgeworfen wurden. Vor allem aber

will die CVP (im Verbund mit den Armeeabschaffern) den Parlamentsbeschluss zur Finanzierung über den Haufen werfen, während «Bundesbern» für die Entwicklungshilfe in den nächsten vier Jahren rund 11 Milliarden Franken (d.h. jedes Jahr zusätzlich 600 Millionen) ausgeben will.

Politik ist in der Tat eine beharrliche Dauerleistung. Die Politiker haben sie im Landesinteresse zu erbringen, sonst sind sie fehl am Platz.

Fadegrad

Hexenjagd



VON ROLF A. SIEGENTHALER

«Aber bei einem Fall von solchem öffentlichen Interesse muss man es auf jeden Fall versuchen.» Das hat laut Tages-Anzeiger Peter Cosandey gesagt. Herr Cosandey ist Jurist, war lange Jahre Bezirksanwalt und hat sich zeit seines Berufslebens mit Wirtschaftskriminalität beschäftigt. Damit ist schon gesagt, in welchem Bereich der Tages-Anzeiger sucht, wenn er über die Hausdurchsuchung und das Strafverfahren gegen Nationalrat Blocher schreibt. Man mag über Christoph Blocher denken, wie man will, aber diese Geschichte stinkt zum Himmel! Es ist offensichtlich, dass das Gesetz zur Hexenjagd gegen den SVP alt Bundesrat eingesetzt wird. Als Rechtfertigung dient öffentliches Interesse. Aber was heisst da öffentliches Interesse? Es geht um Sensationslust, Demontage, Hexenjagd. Allein, der Scheiterhaufen steht wackelig, denn die Motive sind zu transparent. Schon die Nachricht über das vertrauliche Gespräch mit der damaligen Bundespräsidentin Calmy-Rey, in dem Christoph Blocher den Bundesrat über die Verfehlungen des Nationalbankpräsidenten informierte, bewies, dass es keine Vertraulichkeit gibt, wenn man Blocher heisst. Dass die Medien offenbar früher von der Hausdurchsuchung in Herrliberg wussten als der Betroffene selbst, ist skandalös. Die Justiz sollte eigentlich verbundene Augen haben. In diesem Fall hat sie die Binde aber über dem rechten Auge gelüftet. Das öffentliche Interesse rechtfertigt das offenbar. Christoph Blocher hat sich als Justizminister mehrfach kritisch zu den Aktionen der Bundesanwaltschaft geäussert. Mehrere gross aufgezugene und mit Medienkonferenzen untermalte «Feldzüge» der Superfahnder endeten als Super-Fehlschläge. Gleiches passierte der Zürcher Justiz, als sie mit Trara die wirtschaftlich Verantwortlichen des Swissair-Debakels juristisch belangen wollte und das Ganze am Ende in Freisprüchen und Entschädigungszahlungen an die Angeklagten endete. Fakt ist, dass die Intervention von Nationalrat Blocher zum Rücktritt Philipp Hildebrands führte, der in seiner Funktion als Nationalbankpräsident mit Devisen spekuliert hatte. Diese Geschäfte hätten zu Schaden für die Schweiz führen können. Christoph Blocher stürzte mit Hildebrand eine Ikone der Öffentlichkeit, was ihm von politischen Gegnern nicht verziehen werden kann. Nun gut, wenn das so ist, dann soll Justitia wenigstens auch das linke Auge öffnen. Wer hat die Geheimnisverletzungen begangen, aufgrund derer das öffentliche Interesse überhaupt entstehen konnte? Christoph Blocher wurde von übelmeinender Journalistin gern mit Silvio Berlusconi verglichen. Dieser wurde noch nie verurteilt, aber das «öffentliche Interesse» zertrümmerte sein Privatleben an die Öffentlichkeit. Möglicherweise gibt es mehr Parallelen zwischen der Schweizer Justiz und der italienischen als zwischen Blocher und Berlusconi.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Gewerbeschädigende linke Strom-Politik

Die Linken haben sich in der Stromdebatte auf der ganzen Linie durchgesetzt. Der Strom wird massiv teurer. Die Verteuerungen sind allesamt ideologisch motiviert. Der Widerstand der SVP war hart, aber vergebens.



MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 10

Die Stadt Zürich ist rot-grün regiert und hat eine satte rot-grüne Mehrheit im Parlament. Ausser SVP und FDP ist keine Partei im Parlament auch nur ansatzweise bürgerlich. Insbesondere die Grünliberalen haben sich einmal mehr in der Stromdebatte als 100-prozentig linke Partei entpuppt. Die Hoffnung nach den letzten Wahlen war gross, dass mit dem Einzug der GLP neue Mehrheiten in strategisch wichtigen Fragen möglich sein könnten. Dies war ein grober Irrtum. Im Gegenteil: Die GLP war in der Kommission, wo die neuen Stromtarife vorberaten wurden, zusammen mit den Grünen und der SP treibende Kraft für ökologisch motivierte Preiserhöhungen.

Strom bis 30 Prozent teurer

Die Beratung der Tarif-Weisung dau-

erte über ein Jahr. An sich wäre es eine relativ harmlose Sache. Es geht darum, die Tarife nach neuen gesetzlichen Vorgaben und nach geänderten Gesteuerungskosten neu auszurechnen und von der Elcom absegnen zu lassen. Die Elcom ist die nationale Behörde, die alle Stromtarife genehmigt.

Grund für die Verzögerungen waren die linken Anträge, welche mehr Ökostrom in den Produkten verlangen, den Bonus streichen wollen oder den Anteil von Ökostrom generell erhöhen wollen. Dies bringt massive Kosten mit sich. Trotz massivem Widerstand der SVP in der Kommission und in der Ratsdebatte setzte sich die vereinigte Linke auf der ganzen Linie durch. Einzig der Bonus konnte gerettet werden.

Nur ein kleiner Teil der Erhöhung ist betriebswirtschaftlich begründbar. Der Stadtrat wies auf die höheren Abgaben aufgrund des neuen Stromversorgungsgesetzes hin. Sie sollen die Versorgungssicherheit verbessern und erneuerbare Energien fördern. Ein weiterer

Grund sind die gestiegenen Kosten für die Stromproduktion und der eingebrochene Eurokurs. Der Hauptharst der Kostensteigerung liegt aber in der linken Öko-Politik.

SVP verlangt Gewerbetarif

Für einen durchschnittlichen Haushalt steigt nun der Strompreis ab kommenden Jahr um etwa 100 Franken im Jahr. Ein kleiner Gewerbebetrieb muss mit 200–300 Franken Zusatzkosten rechnen, ein Industriebetrieb mit über 200000 Franken oder 30 Prozent mehr.

Die SVP verlangte einen separaten Gewerbetarif, der ohne Quersubventionierung und ökologische Verteuerungen auskommt. Die Unternehmen, welche in Zürich Arbeitsplätze bereitstellen, sind auf kostengünstige Stromtarife angewiesen. Daher soll das ewz einen zusätzlichen Tarif speziell für produzierende Unternehmen in Zürich anbieten. Dieser Tarif wäre günstig, kostendeckend und frei von jeglichen Öko-Quersubventionen. Je nach Möglichkeit wäre der Tarif als ein neues

Produkt in der Produktgruppe oder als separater Tarif ausgestaltet. Dieser Gewerbetarif wäre für Betriebe gültig, die in der Stadt Zürich Arbeitsplätze anbieten.

Dies passte den vereinigten Linken gar nicht in den Kram. Ohne substantielle Argumente wurde der konstruktive Vorschlag der SVP abgelehnt. Damit steigen die Strompreise für Gewerbe und KMU massiv an.

Markttöffnung kommt

SVP-Referent Theo Hauri wies darauf hin, dass die Markttöffnung ansteht. Bereits heute können Grosskunden ihren Stromlieferanten aussuchen. Bereits haben erste Grossfirmen den Vertrag mit dem ewz aufgelöst. Weitere werden folgen. In wenigen Jahren können auch mittelgrosse Gewerbebetriebe den Anbieter wechseln. Dies wird das ewz in Grosse Nöte bringen. Dafür werden die Linken die Verantwortung tragen müssen.

EWZ-STROMTARIFE: DIE KOSTENWAHRHEIT FEHLT

Linke Energiepolitik am finanziellen Abgrund

Die überaus lange Behandlungsdauer der relativ «pflegeleichter» Weisung zur Stromtarif-Anpassung in der Spezialkommission ist ein Paradebeispiel, wie eine unheilige Allianz aus SP, GP und GLP mittels einer unzumutbaren Verzögerungstaktik eine simple Tarifierfassung als Mittel zum Zweck für ihre links-grüne Energie-Ideologie missbraucht.



THEO HAURI
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 11

Systematisch wurde die Verwaltung mit grösstenteils unwesentlichen und überhaupt nicht im Zusammenhang mit dem Geschäft stehenden Fragen beinahe bis zum Gehtnichtmehr bombardiert. Als mickriges Ergebnis resultierten vorwiegend untaugliche Anträge, welche mangels praktischer Umsetzbarkeit wieder zurückgezogen werden mussten. Kleinfakt wurde dann dem Ganzen im Wesentlichen mehr oder weniger kritiklos zugestimmt.

Stromtarif-Anpassung gefährdet

Die vereinigte Linke hat mit ihrer Hin-

haltetaktik in unverantwortlicher Weise bewirkt, dass die Tarifierfassung nicht rechtzeitig erfolgen konnte und deren Inkraftsetzung für 2013 ernsthaft gefährdet ist. Das in einer clean-tech-verfälschten Zwangsneurose behaftete Zweckbündnis will einfach nicht wahrhaben, dass es nicht zielführend sein kann, die Festlegung von neuen Tarifen als Plattform für seine scheinheilige Öko-Fundi-Politik zu missbrauchen. Die finanziellen Konsequenzen für das kommunale Stromunternehmen sind gravierend: In der Sparte Verkauf wird als Folge dieser verfehlten links-grünen Kraftmeierei Jahr für Jahr ein Fehlbetrag von rund 20 Mio. Franken geschrieben.

Der eklatante Widerspruch dieser dilettantisch aufgezugenen Manöver ist kaum mehr zu überbieten. Einerseits

werden die einschlägigen Kreise nicht müde, die Kassen des EWZ unverfroren für ihre öko-verbrämten Eigeninteressen in Form von Subventionen aller Art zu plündern, andererseits wird eben diese (noch ergiebige) Geldmaschine in ihrer Entfaltung und Geschäftsbesorgung – wie Figura zeigt – erheblich gestört und behindert. Die SVP-Fraktion distanziert sich klar von solchen höchst geschäftsschädigenden Machenschaften und weist die uneingeschränkte Schuld für weitere Verluste des EWZ in aller Form den Verursachern zu.

Kostengünstige Stromversorgung

Die SVP-Fraktion lehnte die Weisung und das Gros der Anträge zum Dispositiv dennoch ab. Als Folge der von schon damals abgelehnten Tarifrevis-

sion 2006 wurde die Produktpalette wesentlich erweitert, die Tarifpositionen verschachtelt und damit die Übersicht stark erschwert. Anstelle von einfachen Strukturen weist der Tarif heute eine Vielzahl von Ausnahmen und Quersubventionen auf. Wer nicht ökologisch denkt, wird abgestraft. Für die Grosskunden und das Gewerbe ist der Spielraum angesichts der kommenden Markttöffnung zu starr und für den kommenden scharfen Wettbewerb ungeeignet. Es fehlt ein Produkt, das lediglich die reinen Gesteuerungskosten, einen angemessenen Gewinn und sonst rein gar nichts beinhaltet. Das alles steht nicht im Einklang zu der von uns verlangten Kostenwahrheit. Die SVP steht für eine sichere und kostengünstige Stromversorgung für Wirtschaft, Gewerbe und Privathaushalte.

Die SVP erwartet, dass der Tarif-Wirr-Warr anlässlich einer kommenden Tarifrevision konsequent entschlackt, von sämtlichen Quersubventionen befreit und auf das Notwendigste abgespeckt wird. Da die aktuelle Weisung diesen Anliegen nicht einmal ansatzweise Rechnung trägt, musste sie abgelehnt werden.

ERSATZWAHLEN STADTRAT WINTERTHUR

Vorstand unterbreitet der Nominationsversammlung einen Zweivorschlag

Der Vorstand der SVP Winterthur unterbreitet der Nominationsversammlung am 28. März mit Kantonsrat René Isler und Gemeinderat Josef Lisibach einen Zweivorschlag. Beide Kandidaten setzen sich seit langer Zeit für die Öffentlichkeit und die Anliegen der Winterthurer ein.

SVP Herr René Isler ist seit 2003 Kantonsrat und war von 2002 bis 2011 ebenfalls Gemeinderat. In seiner politischen Tätigkeit setzt er sich für optimale Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft ein. «Die Schaffung und Erhaltung von qualitativ guten Arbeitsplätzen ist ein elementarer Beitrag gegen die Kriminalität», so lautet einer seiner Kernaussagen. Neben der Familienpolitik gehört auch die Sicherheit zu seinen Kernanliegen. In verschiedenen Funktionen in Militär und im Beruf bei der Stadtpolizei hat René Isler breite Führungserfahrung aufbauen können. René Isler ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Josef Lisibach ist seit 2003 Mitglied des Grossen Gemeinderates der Stadt Winterthur. Zuvor war er Mitglied der Kreisschulpflege Oberwinterthur. Seine Hauptanliegen sind die Verkehrssituation sowie die Sicherheit in der Stadt Winterthur. Zunächst war er

mehrere Jahre Mitglied der Stadtentwicklungskommission, bis diese 2006 aufgehoben wurde. Heute ist Josef Lisibach Mitglied der Kommission für Soziales und Sicherheit. Beruflich ist der gebürtige Winterthurer Ermittler bei der Kantonspolizei Zürich und kann als Offizier der Schweizer Armee ebenfalls Führungserfahrung aufweisen. Josef Lisibach ist verheiratet und Vater dreier Kinder.

Der Vorstand der SVP Winterthur ist überzeugt, zwei ausgewiesene Persönlichkeiten der Parteiversammlung vorzuschlagen zu können. Beide verfügen über breite Führungserfahrung und haben sowohl in Beruf als auch in der Politik ihre Teamfähigkeit bewiesen. Diese haben beide auch jetzt im laufenden parteiinternen Auswahlverfahren einmal mehr unter Beweis gestellt.

Die Nominationsversammlung findet am 28. März um 20 Uhr im Restaurant Hirschen in Wülflingen statt.

Öffentlicher Anlass

Sessionsveranstaltung

Bericht zur Frühjahrsession



Zu Gast:

Nationalrätin
Natalie
Rickli

Dienstag, 27. März 2012, 20 Uhr
Restaurant Schwert, Wald

SVP des Bezirks Hinwil



WUCHEMÄRT WOCHEN FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Buntbrache-Vollversion-Saatgut 20 kg Fr. 5400.-. Tel. 079 829 32 84.

LKW-Anhänger 7 x 2,4m, 700.-, Bewässerungsröhren Perrot 108 mm, 100 Stück à 22.-, Traktorräder 12,4 R24, 2 Stück für 100.- passend zu Fendt. 079 629 35 26.

Silo-Ballen klein, ca. 20-30 Stück. Tel. 044 865 47 40.

Weingestelle aus Fichtenholz. Übersichtliche Präsentation Ihrer Weine und Spirituosen. Platz für 100 Flaschen pro Gestell. Masse: H 200, B 84, T 30 cm. Fr. 195.-. www.ulrich-weidmann.ch

Äusserst gepflegter Personenwagen Opel Astra F16i. Erst 61000 km, geprüft 16.03.2012. 1. Inverkehrsetzung 01.02.1996 ZH. Farbe: grün mét. Top-Zustand, Preis Fr. 2800.-. Tel. 044 869 12 80.

Pöttinger CAT 310 F, Frontmäherwerk 3 m, sehr guter Zustand. Tel. 079 632 11 50.

Subaru Impreza 2.0 A ABS Compactwagen Erstzul. 24.10.1997, 133000 km, Benzin bleifrei, 5 Türen, 4-Gang-Automat, Allrad, PS/Kw 115/85 mit Anhängerkupplung / ab Platz. Isler, Tel. 044 836 70 03.

3-Schar-Pflug Lemken mit Streifenriestern, sehr guter Zustand, 7500.-. Kreisellegge Rau mit Packerwalze und Säh-Bock, neuer Zinkensatz Fr. 4500.-. Tel. 052 316 12 19, Hettlingen.

Achtung!

Zahle Höchstpreise für alle Autos.

Komme bei Ihnen vorbei. 044 822 26 11.

Gartenbaubetrieb im Raum Zürich zu verkaufen. Interessenten melden sich bitte an den «Zürcher Boten» unter Chiffre 2012 12-1.

Bio-Siloballen müssen abgeholt werden, à Fr. 80.-. Zürcher Oberland, Tel. 079 642 75 40.

Frontmäherwerk Niemeyer Eurodisc 310, Kreiselschwader JF Stoll 280, Häckselwagen für Grünmais, zirka 1,5 m³. Tel. 079 642 61 26.

Grosse Auswahl an erstklassigen, preiswerten «Original» Edelweiss Schwingerhemden und Damenblusen. Baby- und Kleinkindermode sowie Swissness-Artikel. www.toesstaldesign.ch

Classic Elektrodreirad, guter Zustand, Fr. 4000.-. Spinnrad, guter Zustand, Fr. 1000.-. Antikes Dreirad Pferd, Fr. 200.-. Tel. 078 845 89 45.

Jauchefass 9,5 m³, Weitwurfdüse, Drehkolbenpumpe, Tel. 052 366 07 75.

Häckselwagen, Occasion, 10 m³ Inhalt, einachsige, Fr. 500.-, Zürcher Unterland, Tel. 079 327 12 13.

Hürlimann D 90, Jahrg. 74 mit Messerbalen und Heckschaukel, Tel. 044 869 12 59.

Zweischeiben-Düngerstreuer, Vicon RS-C 700, wenig gebraucht, Verhandlungspreis Fr. 2500.-, Tel. 044 865 15 92.

Subaru Impreza, 2,0 R Komfort Limousine, 5-türig, dunkelgrau met., 150 PS, 8-fach-Bereifung, 38 000 km, 1. Inverkehrsetzung 8/2009, Fr. 17 000.-, top Zustand, Tel. 079 660 44 71.

ZU KAUFEN GESUCHT

Billige Kreiselegge oder Motoregge. Tel. 079 447 78 68.

Bauland, in den Kantonen ZH und AG suchen wir Grundstücke, Liegenschaften und Wohnungen. Danke für Ihren Anruf, St. Calmenzind, Tulpenweg 8, 8107 Buchs, Tel. 079 403 62 70.

LKW-Einachs-Unterbau bietet Fr. 1000.-. Tel. 079 229 27 27.

Güllennmixer mit Untersetzung oder Traktormixer-Antrieb für Flügelrührwerk oder Schaufelrührwerk. Tel. 079 678 81 49.

ZU PACTHEN GESUCHT

Zu pachten oder bewirtschaften gesucht 10-30 ha im Raum ZH-Unterland oder Oberland. 079 344 21 15.

ZU MIETEN GESUCHT

Lagerplatz für Segelboot des Types «Yngling» (Länge = 6,35 m, Breite = 1,70 m, Höhe = 2,00 m) samt Anhänger. Zürich und Umgebung. O. Gateaux, Tel. 079 795 87 47, E-Mail: o.gateaux@bluewin.ch

ZU VERMIETEN

3-Zimmer-Dachwohnung auf Bauernhof in 8479 Altikon ZH. Ab sofort. Tel. 079 366 30 62.

ZU VERSCHENKEN

Leichter 1-Achs-Traktoranhänger mit Brücke. Tel. 044 941 46 83.

Transporter 1 1/2 Huser, Jg. 90. Tel. 079 691 97 94.

ARBEIT

Arbeitsame Polin, deutschsprechend, sucht Arbeit auf Bauernhof für Haushalt, Stall und Garten (Sie kocht sehr gut) oder auch für Betreuung von älterer Person, Tel. 076 768 30 96.

DIENSTLEISTUNGEN

Ihr Fachmann für Baumfällungen und Baumpflege. Brandenberger Spezialholzerie AG, Henggart, Tel. 052 301 27 63.

KOSMETIK

Schwitzen, Schweißgeruch unter den Armen? Nie mehr! Infos: Tel. 044 776 12 77, www.bionova.ch

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitpflanzungen

Jungpflanzen für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung



Fordern Sie unsere Preisliste an! Josef Kressibucher AG Forstbaumschule Ast 2 8572 Berg TG Tel. 071 636 11 90 Fax 071 636 10 29 www.kressibucher.ch

IHR INSERTAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.- inkl. MWST

Empty grid for 3 lines advertisement.

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.- inkl. MWST

Empty grid for 6 lines advertisement.

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- zu verkaufen zu verschenken zu kaufen gesucht zu vermieten Freizeit/Kontakte

Anzahl der Erscheinungen: mal

Name Vorname Strasse PLZ/Ort Telefon E-Mail

Einsenden an: Stutz Druck AG, «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.



Kantonsrat Zürich Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

zwei teilamtliche Richter/innen (je 50%) für das Obergericht

für den Rest der Amtsdauer 2007-2013 (Amtsantritt 1. September 2012)

Das Obergericht des Kantons Zürich ist einerseits Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Andererseits ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens. Es erlässt die dafür erforderlichen Verordnungen und Anweisungen. Als Justizverwaltungsbehörde ist es für das Budget des Obergerichts, der Bezirksgerichte und der Notariate zuständig, überwacht die gesamte Zivil- und Strafrechtspflege des Kantons Zürich und beaufsichtigt die Bezirksgerichte samt den angegliederten Gerichten und Behörden, die Notariate, die Grundbuch- und Konkursämter, die Gemeindeamman- und Beitreibungsämter sowie die Friedensrichterämter.

Anforderungen:

- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit Kommunikations- und Teamfähigkeit Stimmberichtigung im Kanton Zürich Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren Einwandfreier Leumund

Je ein Sitz wird von der Fraktion der SVP und der Fraktion der BDP beansprucht.

Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldungen der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1991 (LS 212.53).

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen, einer Wohnsitzbestätigung und einem Strafregisterauszug bis 13. April 2012 zu senden an:

Parlamentdienste des Kantonsrates Sekretariat der Justizkommission Oberrichter/in Postfach 8090 Zürich

Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie im Internet unter http://www.gerichte-zh.ch/organisation/obergericht.html

Weitere Auskünfte erteilt der Sekretär der Justizkommission, lic. iur. Emanuel Brügger, unter Telefon 043 259 20 67.

Advertisement for Junghennen (young chickens) from Fam. Paul von Ew, including contact information and a rooster illustration.

Advertisement for Pneuhaus Schaufelberger, offering pneumatic tires and related services, including contact details and a truck illustration.



„Ausbildungen an der Bäuerinnschule geben uns viele Impulse!“ • Fachausbildung Bäuerin «Kompetenz für Familie und Betrieb» • Haushaltskurs Informationsanlass Bäuerinnschule Alle Ausbildungen: Dienstag, 27. März 2012, 18.15 Uhr, Strickhof Winterthur-Wülflingen

Strickhof CH-8408 Winterthur Tel. +41 58 105 91 00 info@strickhof.ch www.strickhof.ch



Wöchentliche Fernsehshow mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Akeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehshow wird jeweils am Samstagabend ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

VORANKÜNDIGUNG

19. Zürcher Ratsherren-Schiessen

Montag, 16. Juli 2012, im Bezirk Pfäffikon.

SVP-KANTONSRAVSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion

Montag, 26. März 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon

Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Stern, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht

Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen

Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich

Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Partehöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP

Stadt und Bezirk Winterthur

Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen

Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5

Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich. Vorsicht: Stamm vom Donnerstag, 5. April 2012, fällt wegen Ostern aus. Nächster Stamm: 3. Mai 2012

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10

Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss

Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach / Wil

Sonntag, 1. April 2012, 10.00 Uhr, Musiklokal, Dorfstrasse 35 (hinter Restaurant Frieden), Frühschoppen zum Thema «Sanierungsfall Beamtenversicherungskasse». Referent: Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen.

Bezirk Hinwil

Dienstag, 27. März 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schwert, Wald, Sessionsveranstaltung «Bericht zur Frühjahrs-session». Nationalrätin Natalie Rickli ist als Gast anwesend. Der Anlass ist öffentlich.

Bezirk Hinwil / Wetzikon

Freitag, 23. März 2012, 19.30 Uhr, Restaurant Rössli, Robenhausen, Generalversammlung mit Abendessen.

Bezirk Meilen / Küsnacht

Samstag, 16. Juni 2012, 07.45–20.00 Uhr, Jahresausflug der SVP Küsnacht; Programm: 07.45 Uhr, Abfahrt Gemeindehaus Küsnacht mit Car; 08.00 Uhr, Abfahrt Limberg; 08.10 Uhr, Abfahrt Parkplatz Kaltenstein; 09.52 Uhr, Abfahrt Ermatingen mit Rheinschiff (Mittagessen: Schweinsbraten mit Teigwaren und Gemüse); Anschliessend mit Car von Schaffhausen nach Blumberg; 14.05–15.10 Uhr, Fahrt mit Sauschwänzlebahn von

Blumberg nach Weizen; Zvieri in Trasadingen, Winzerbrättli in Besenbeiz; zwischen 19 und 20 Uhr, Rückkehr nach Küsnacht; Preise pro Person ohne Getränk: Fr. 125.00 (ohne Halbtax), Fr. 110.00 (mit Halbtax), Fr. 95.00 (mit GA); Anmeldungen bis Montag, 15. April 2012, mit Talon und Einzahlungsschein an Peter Egli, Limberg 18, 8127 Forch oder per E-Mail an egli.limberg18@sunrise.ch

Bezirk Pfäffikon / Bauma

Freitag, 30. März 2012, 20.00 Uhr, Bistro Halliträff, Generalversammlung mit Referat von Kantonsrätin Anita Borer. Es wird ein Imbiss serviert.

Bezirk Pfäffikon / Wila

Mittwoch, 18. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Heuboden, Wila, 64. Generalversammlung.

Bezirk Uster / Wangen-Brüttisellen

Freitag, 30. März 2012, 19.30 Uhr (Türöffnung), Gsellhof, Brüttisellen, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Einsatz fürs Vaterland! oder wie die junge Generation sich für unser Land engagieren kann» mit Kantonsrat Gregor Rutz, Nationalrätin Natalie Rickli und Christian Tschärner.

Bezirk Winterthur / Pfungen

Samstag, 7. April 2012, 10.00–15.00 Uhr, beim Dorfkafi Rössler, «Eiertütschen». Die Eier werden gratis abgegeben.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8

Samstag, 19. Mai 2012, 10.00–12.00 Uhr, Zentrum Witikon, Standaktion für die Abstimmung vom 17. Juni 2012.

Weitere Standaktionen:

Samstag, 26. Mai 2012 Kreuzplatz von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr; Samstag, 2. Juni 2012 Höschgasse von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr; Samstag, 9. Juni 2012 in Witikon von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

Winterthur Stadt / Wülflingen

Mittwoch, 18. April 2012, 19.00 Uhr, Restaurant Tössrain, Wieshofstr. 109, Winterthur, Generalversammlung.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich

Donnerstag, 3. Mai 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 14. August 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 24. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schiffli, Diepoldsau/SG, Referat von Nationalrat Hans Fehr «Die SVP am Puls des Volkes» im Rahmen der Generalversammlung der SVP Diepoldsau.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten

Sonntag, 22. April 2012, 08.45 Uhr, 1. Ausfahrt. Treffpunkt: Restaurant

Ratenpass (zwischen Ägeri und Biberbrugg). Abfahrt: 09.30 Uhr (bei guten Wetter). Der Anlass findet bei JEDEM Wetter statt. Ist eine Ausfahrt nicht möglich, bleiben wir zu einem gemütlichen Frühstückshöck. Sollte das Wetter gut sein, werden wir eine schöne erste Tour dort starten.

Sonntag, 20. Mai 2012, 2. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 24. Juni 2012, 3. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. Juli 2012, 4. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 19. August 2012, 5. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 16. September 2012, 6. Ausfahrt: Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung

Freitag, 27. April 2012, 12. ordentliche Generalversammlung. Nähere Angaben folgen.

Höcks

Dienstag, 8. Mai 2012, 19.30 Uhr, 1. Höck. Nähere Angaben folgen.

Donnerstag, 7. Juni 2012, 19.30 Uhr, 2. Höck. Nähere Angaben folgen.

Jazz-Matinée der SVP Stadt Winterthur

Sonntag, 15. April, ab 10.30 Uhr mit den Bauchnuschi Stompers

bei Christian Achermann AG
Rümikerstrasse 37,
8409 Winterthur
(vis-à-vis Media Markt)
Eintritt frei

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiant (gad.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach,
8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

EINLADUNG

zur Parteiversammlung SVP
Stadt Winterthur
Mittwoch,
28. März 2012, 20.00 Uhr
Restaurant Hirschen,
Lindenplatz 2,
8408 Winterthur

Traktanden:

1. Begrüssung / Wahl der Stimmzähler
2. Standortbestimmung
3. Nomination Stadtratskandidat
4. Strategie Stadtpräsidium
5. Verschiedenes / Umfrage

Der Präsident: D. Oswald



SVP Wangen-Brüttisellen präsentiert

Einsatz fürs Vaterland!
oder wie die junge Generation sich für unser Land engagieren kann.

Mit Gregor Rutz, Natalie Rickli und Christian Tschärner

30. März 2012
Gsellhof Brüttisellen
Türöffnung 19:30

